

Die Epoche des Neoglazials

geschrieben von Chris Frey | 24. Februar 2026

[Andy May](#)

Die meisten sind sich einig, dass die Milankovitch-Zyklen der Exzentrizität, Schiefe und Präzession langfristige globale und hemisphärische Klimaveränderungen antreiben (siehe Abbildung 4 in diesem [Beitrag](#) für eine kurze Beschreibung). Die moderne Klimadebatte dreht sich um kurzfristige Klimaveränderungen. Der „Konsens“ besagt, dass menschliche Emissionen „die schnellste Veränderung“ verursacht haben oder „die Temperaturen die wärmsten seit X Jahren“ sind (Lecavalier et al., 2017) und (IPCC, 2021, S. 8), wobei X zwischen tausend und über 100.000 Jahren variiert. Natürlich verfügen wir nur über globale Messdaten für die letzten etwa 170 Jahre, sodass alle globalen oder hemisphärischen Daten aus der Zeit davor entweder lokale oder proxy-basierte Temperaturdaten sind.

Die vorherrschende Meinung ist, unbequeme Daten zu ignorieren, die zeigen, dass die CO₂- und Methan-Konzentrationen in der Luft während des Holozäns, also in den letzten 12.000 Jahren, nicht mit der Temperatur korrelieren, wie in Abbildung 4 [hier](#) dargestellt. Korrelation ist nicht gleichbedeutend mit Kausalität, aber das Fehlen einer Korrelation schließt normalerweise eine Kausalität aus. Wenn Veränderungen der Wärmespeicherung im Klimasystem ignoriert werden, wie es oft der Fall ist, dann können nur externe Einflüsse den Klimawandel verursachen. Da die jüngsten Klimaveränderungen (seit 1950) zu schnell erfolgten, um durch die Milankovitch-Orbitalzyklen verursacht worden zu sein, bleiben als einzige externe Einflüsse die Sonne und Treibhausgase (THG) übrig. Da die Ozeane und die Atmosphäre die von ihnen gespeicherte Wärmemenge verändern, anstatt sie an den Weltraum abzugeben, verändert sich das Klima mit der Veränderung der klimatischen Wärmespeicherung (Irvine, 2014). Wir können dies an den 60- bis 70-jährigen Klima- oder Ozeanoszillationen beobachten, wie beispielsweise der Atlantischen Multidekadischen Oszillation (AMO, siehe [hier](#) und [hier](#)).

Sonne und Treibhausgase wirken unterschiedlich. Sonnenstrahlung dringt in die Meeresoberfläche ein, erwärmt das Wasser in der Tiefe und speichert Wärme im Ozean. Treibhausgase absorbieren die von der Erde abgegebene Strahlung und nutzen sie hauptsächlich, um Gasmoleküle in ihrer Nähe zu erwärmen. Infrarotstrahlung von Treibhausgasen kann die Meeresoberfläche [nicht](#) durchdringen (Wong & Minnett, 2018) und verbleibt daher in der Atmosphäre. Die im Ozean gespeicherte Wärme verbleibt länger im Klimasystem als die in der Atmosphäre gespeicherte Wärme und verändert das Klima auf Zeitskalen von Jahrzehnten und Jahrhunderten (Irvine, 2014). Dies zeigt sich in den [Ozean-Oszillationen](#). Veränderungen der Treibhausgase wirken sich nur auf die Atmosphäre aus und können das Klima nur sehr kurzfristig beeinflussen. Theoretisch

beträgt die Temperaturänderung vom Höhepunkt eines 11-jährigen Sonnenzyklus' bis zum Tiefpunkt aufgrund der direkten Veränderung der auf die Erde treffenden Strahlung nur etwa 0,02 °C. Die tatsächlich beobachtete Veränderung ist jedoch fünfmal höher, nämlich 0,1 °C, und der Anstieg in der oberen Atmosphäre beträgt 0,3 °C. Dies wird [hier](#) sowie in (Hoyt & Schatten, 1997), (Lean, 2017) und (Haigh, 2011) ausführlicher diskutiert.

Das Neoglazial

Die Periode des Neoglazials ist nicht formal definiert, und ihr Beginn (d. h. der Beginn des Gletscherwachstums im späten Holozän) variiert je nach Standort. Es handelt sich um einen globalen Gletschervorstoß (mit der möglichen Ausnahme der Antarktis, siehe Abbildung 1 und [hier](#)) seit dem Ende des Holozän-Klimoptimums. Wichtig ist, dass der Beginn der Neoglazialzeit nicht weltweit synchron ist (McKay et al., 2018). Hier beginnen wir die Neoglazialzeit der nördlichen Hemisphäre etwa 3.800 v. Chr., kurz nach dem Mid-Holocene Transition (MHT) vom [Holozän-Klimaoptimum](#) (HCO). In der Literatur wird der Beginn der Neoglazialzeit zwischen 2.000 v. Chr. und 3.000 v. Chr. angegeben, daher ist meine Wahl etwas früh, aber nicht übermäßig.

Zu Beginn der ausgewählten Neoglazialperiode verschiebt sich die durchschnittliche Breite der innertropischen Konvergenzzone (ITCZ) dramatisch nach Süden, was die [Wüstenbildung](#) in der Sahara auslöst. Die durchschnittliche Breite der ITCZ reagiert stark auf interhemisphärische Temperaturgradienten und verschiebt sich nach Süden, wenn sich die Nordhalbkugel abkühlt, wie es um 4.700 v. Chr. der Fall war (siehe Abbildung 1 hier). Weitere Informationen zu dieser dramatischen Klimaveränderung finden Sie hier sowie in (Wanner & Brönnimann, 2012) und (DeMenocal et al., 2000).

Ungeachtet der Beschwerden des „Konsens'“ ist die Neoglazialzeit möglicherweise noch nicht zu Ende, denn wie das Bild in meinem vorherigen [Beitrag](#) zeigt [in deutscher Übersetzung [hier](#)], ist es heute auf der Nordhalbkugel immer noch viel kälter als während des größten Teils des Holozäns. Angesichts der Länge, Stärke und Tiefe der Neoglazialzeit ist es schwierig, nach nur siebzig Jahren mit zeitweiliger Erwärmung von ihrem Ende zu sprechen. Es wird weitere 100 bis 200 Jahre Erwärmung brauchen, um sicher zu sein, dass wir die Neoglazialzeit wirklich und wahrhaftig beendet haben.

Der erste Teil des Holozäns bis etwa 4.000 v. Chr. war recht warm, zumindest laut meinen bevorzugten Proxies für die nördliche Hemisphäre, dem Vinther-Lufttemperatur-Proxy (in Abbildung 1 schwarz dargestellt) und dem Rosenthal-Makassar-Straße-500-Meter-Proxy für die Meerestemperaturen (SST) im Nordpazifik (blau dargestellt). Der untere Teil von Abbildung 1 zeigt die Anzahl der globalen Gletschervorstöße aus (Solomina et al., 2015) als blaue Linie und den zentralen Zeitpunkt und die Dauer der solaren Grand Minima (SGM, schwarze Punkte) und solaren

Grand Maxima (SGMx, orange Punkte) aus (Usoskin, 2017). Vor dem frühesten dargestellten SGMx (3860 v. Chr.) gibt es bis 6120 v. Chr. kein weiteres. Somit ist das Holozän-Klimaoptimum (HCO) wahrscheinlich auf Orbitalzyklen zurückzuführen, wie lange angenommen, und nicht auf solare Aktivitäts-Maxima.

Der Übergang zum mittleren Holozän und die Neoglazialzeit beginnen mit einer Häufung von sechs SGMs und vier SGMxs, sodass die Sonne damals sehr variabel war. Dies könnte neben den offensichtlichen orbitalen Sonneneinstrahlungsantrieben eine Rolle bei der Einleitung der Abkühlung der nördlichen Hemisphäre gespielt haben, aber das Muster ist hinsichtlich seiner Nettoauswirkung auf das Klima nicht eindeutig. Ebenso korreliert das Klimaereignis vor 4.200 Jahren nicht mit dem SGM davor oder dem SGMx danach, so dass es andere Ursachen geben muss.

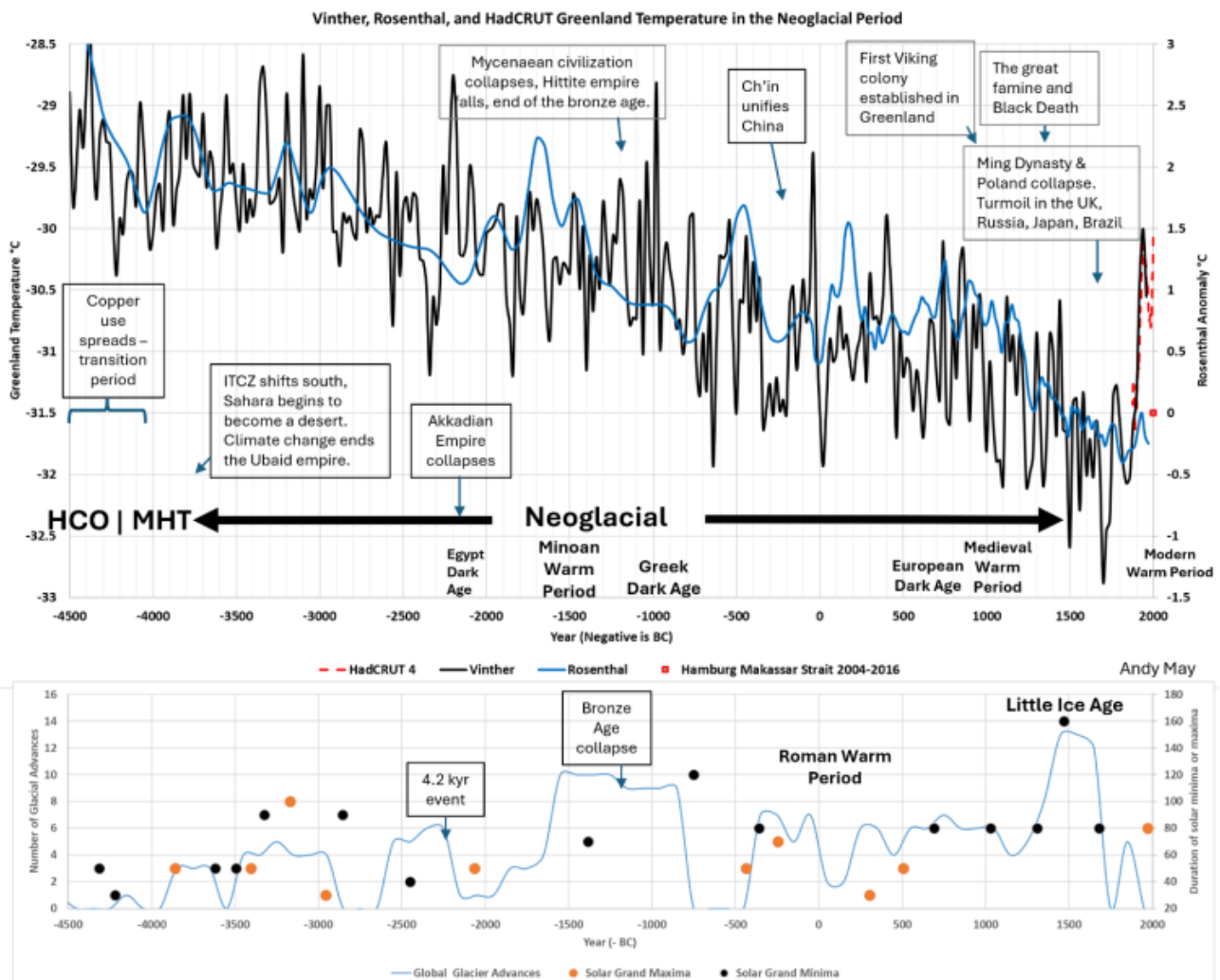


Abbildung 1. Das obere Diagramm zeigt den Temperatur-Proxy des Vinther-Eiskerns aus Grönland in Schwarz und den Proxy der Wassertiefe von 500 Metern in der Straße von Makassar von Rosenthal in Hellblau. Ebenfalls dargestellt sind die HadCRUT 4-Temperatur für das Gebiet Grönlands als gestrichelte rote Linie und die aktuelle Temperatur in 500 Metern Tiefe in der Straße von Makassar aus der Datenbank der Universität Hamburg

(Gouretski, 2019). Das untere Diagramm zeigt die Anzahl der globalen Gletschervorstöße mit der blauen Linie, die Dauer aller großen Sonnenminima als schwarze Punkte (rechte Skala) und die Dauer aller großen Sonnenmaxima als orangefarbene Punkte (ebenfalls rechte Skala). Datenquellen: (Vinther et al., 2009), (Rosenthal et al., 2013), (Gouretski, 2019) und (Usoskin, 2017). Einige historische Ereignisse werden nur zur Orientierung des Betrachters erwähnt, es wird kein kausaler Zusammenhang impliziert.

Das Gesamtbild von Abbildung 1 zeigt einen allgemeinen Temperaturrückgang mit zunehmender Anzahl von Gletschervorstößen. Der Zeitraum von 2000 v. Chr. bis 500 v. Chr. weist nur geringe Sonnenvariabilität auf, jedoch eine starke 120-jährige SGM um 750 v. Chr. und einen dramatischen Anstieg der Gletschervorstöße. Genau in der Mitte dieser Vorstöße liegt der Zusammenbruch der Bronzezeit im östlichen Mittelmeerraum. Der stärkste SGM konzentriert sich auf das Jahr 1470 n. Chr. und geht mit der höchsten Anzahl an Gletschervorstößen einher. Beide Ereignisse liegen kurz vor dem tiefsten Punkt der Kleinen Eiszeit von 1500 bis 1750 n. Chr.

Der spektakuläre Zusammenbruch der Bronzezeit 1177 v. Chr. (Cline, 2014) folgt fast 200 Jahre nach dem 70-jährigen SGM um 1385 v. Chr., sodass unklar ist, wie stark er diese Klimakatastrophe beeinflusst haben könnte. Der Zusammenbruch der bronzezeitlichen Zivilisation im östlichen Mittelmeerraum führte zur griechischen Dunklen Zeit, die erst mit Beginn der Römischen Warmzeit (RWP) um 300 v. Chr. endete (manche datieren den Beginn später, um 250 v. Chr.). Die RWP endete erst zwischen 400 und 500 n. Chr.

Die römische Warmzeit war geprägt vom Aufstieg des Römischen Reiches, der Vereinigung Chinas durch Ch'in im Jahr 221 v. Chr. und begann kurz nach dem Tod Alexanders des Großen. In dieser Zeit stieg auch Indiens größter Kaiser der Antike, Ashoka der Große, zum ersten Mal um 266 v. Chr. zur Macht auf und vereinigte Indien. Ashoka konvertierte zum Buddhismus und förderte die Verbreitung dieser Religion. In diese Zeit fallen auch das Leben Jesu von Nazareth und der Aufstieg des Christentums.

Die römische Warmzeit ist bemerkenswert, weil sie mit drei aufeinanderfolgenden solaren Grand Maxima zusammenfällt und keine solaren Grand Minima enthält. Sie gehört auch zu den längsten Perioden im Holozän ohne SGM. Die andere so lange Lücke, von 1385 bis 2450 v. Chr., markiert im Wesentlichen den Höhepunkt der Bronzezeit.

Das europäische Mittelalter kann anhand der niedrigeren Temperaturen in den Vinther-Aufzeichnungen zwischen 500 und 800 n. Chr. und einer SGM im Jahr 690 n. Chr. identifiziert werden. Die mittelalterliche Warmzeit liegt zwischen der SGM im Jahr 690 n. Chr. und einer im Jahr 1030 n. Chr. und ist eher eine Übergangsphase zur Kleinen Eiszeit als eine echte

Warmzeit wie die RWP. Die Kleine Eiszeit hat keine SGMxs und vier SGMs, darunter eine außergewöhnlich lange im Jahr 1470 n. Chr. Die Vinther-Aufzeichnungen erreichen ihren kältesten Punkt im Jahr 1700 n. Chr. und die Rosenthal-Aufzeichnungen für den Nordpazifik sind um 1810 n. Chr. am kältesten, sodass 1750 n. Chr. ein vernünftiges Datum für den Beginn der modernen Warmzeit in der nördlichen Hemisphäre ist. Das letzte SGM konzentriert sich auf das Jahr 1680 n. Chr. und dauert von 1640 bis 1720 n. Chr.

Nach dem Ende des letzten SGM ist das nächste Sonnenereignis das moderne Sonnenmaximum, das sich auf das Jahr 1970 konzentriert und von 1930 bis 2010 dauert. Es ist das längste Sonnenmaximum seit 3170 v. Chr. und das erste Sonnenmaximum seit 505 n. Chr.

Diskussion

Ich behaupte keineswegs, dass die Sonnenvariabilität der einzige Faktor ist, der den Klimawandel verursacht, und ich glaube auch nicht, dass sie stärker ist als die Milankovitch-Orbitalzyklen (siehe Abbildung 4 [hier](#)). Aber als wir aus der Kleinen Eiszeit herauskamen, der kältesten Periode im gesamten Holozän und einer Periode ohne solare Grand Maxima und mit vier solaren Grand Minima, darunter das stärkste SGM (gemessen an der Dauer) im Holozän, muss man davon ausgehen, dass die Sonnenvariabilität zur Kleinen Eiszeit beigetragen hat.

Dann müssen wir die moderne Warmzeit betrachten. Sie fällt mit dem ersten solaren Grand Maximum seit 1.465 Jahren und dem stärksten seit 5.140 Jahren zusammen. Es erscheint durchaus vernünftig, zu dem Schluss zu kommen, dass das moderne solare Grand Maximum zu den beobachteten jüngsten Klimaveränderungen beigetragen hat. Der Klimawandel ist eine komplexe Kombination aus den Milankovitch-Zyklen, den Sonnenzyklen und (möglicherweise) anthropogenen Faktoren. Er hat zu keinem Zeitpunkt nur eine einzige Ursache.

Download *the bibliography* [here](#).

Link:

<https://andymaypetrophysicist.com/2026/02/18/the-neoglacial-period/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Deutschland: Elektroauto fängt an Ladestation Feuer, löst lokales „Inferno“ aus, weitreichende Schäden

geschrieben von Chris Frey | 24. Februar 2026

[Pierre Gosselin](#)

Vorbemerkung des Übersetzers: Autor Pierre Gosselin verweist hier zwar auf den deutschsprachigen Blog Blackout News, kommentiert diesen Vorgang dann aber so, dass er hier übersetzt wird. – Ende Vorbemerkung

Der Artikel von Blackout News berichtet [hier](#) darüber, wie am 16. Februar 2026 an einer Ladestation in Schwaigern (Baden-Württemberg) ein schwerer Brand durch ein Elektroauto ausgelöst worden ist.

Nicht neben Elektro-Fahrzeugen parken!

Blackout News [berichtet](#), dass am Montagmorgen ein an eine öffentliche Ladestation angeschlossenes Elektroauto in Brand geriet und das Feuer schnell auf ein daneben geparktes Wohnmobil übergriff. Da sich im Wohnmobil Gasflaschen befanden, löste die intensive Hitze mehrere Explosionen aus!

Mehrere andere Autos in unmittelbarer Nähe wurden durch die Flammen und die Hitze beschädigt. Zwei Gebäude wurden ebenfalls beschädigt – ein direkt angrenzendes Wohnhaus und ein Gebäude auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Der Sachschaden wurde auf einen mittleren sechsstelligen Betrag geschätzt. Der Bericht [beschreibt](#) ein lokales „Inferno“.

Laut [Blackout News](#) erwies sich die Löschung des Feuers aufgrund der brennenden EV-Batterie als schwierig, musste sie doch kontinuierlich gekühlt werden, um eine erneute Entzündung zu verhindern.

Elektroautos sind als Brandgefahr bekannt und in einigen Parkhäusern und auf Fährlinien verboten.

Es ist kein Wunder, dass einige Fährgesellschaften und Parkhausbetreiber Verbote oder Beschränkungen für Elektrofahrzeuge (EVs) eingeführt haben. Als Hauptgrund wird die Brandsicherheit angeführt, da Brände von Batterien in Elektrofahrzeugen bekanntermaßen schwer zu löschen sind, insbesondere in engen Räumen wie Schiffsdecks oder Tiefgaragen.

Mehrere Reedereien haben mit dem Verbot oder der Beschränkung von Elektrofahrzeugen für Schlagzeilen gesorgt: Im Jahr 2023 traf die **Reederei Havila Kystruten** (Norwegen) die viel beachtete Entscheidung, Elektro-, Hybrid- und Wasserstoffautos von ihren Küstenfahrten zu

verbannen. Sie argumentierte, dass ihre bordeigenen Feuerlöschsysteme nicht für die Bekämpfung eines Batteriebrands ausgerüstet seien und dass ein solcher Vorfall das Schiff und die Passagiere gefährden könnte.

Seit April 2024 hat das griechische Schifffahrtsministerium eine Vorschrift für viele Fähren eingeführt, wonach Elektrofahrzeuge und Plug-in-Hybride nur dann an Bord genommen werden dürfen, wenn ihre Batterieladung 40 % oder weniger beträgt. Damit soll das Risiko eines „thermischen Durchgehens“ verringert werden.

Alaska Marine Lines hat kürzlich ein Verbot für Elektro- und Plug-in-Hybridfahrzeuge auf seinen Schiffen eingeführt und begründet dies mit dem Mangel an spezieller Feuerlöschrüstung auf See.

BC Ferries (Kanada) hat kürzlich eine Richtlinie erlassen, die das Mitführen von nicht fahrbereiten (abgeschleppten/defekten) Elektrofahrzeugen verbietet, weil nicht überprüft werden kann, ob die Batterie beschädigt ist (was die Brandgefahr erhöht).

Parkhäuser

Im Jahr 2024 verbot das britische Parlament nach einer Brandschutzbewertung als „Vorsichtsmaßnahme“ Elektrofahrzeuge in seinen Tiefgaragen.

Zu verschiedenen Zeitpunkten sorgten einige wenige Parkhausbetreiber in Deutschland (z. B. in Kulmbach oder Leonberg) nach lokalen Brandvorfällen mit Schlagzeilen, weil sie Elektrofahrzeuge verboten hatten. Viele dieser Verbote wurden jedoch später aufgehoben oder angefochten, da sich die modernen Bauvorschriften und die Ausrüstung der Feuerwehren weiterentwickelt haben, um solche Risiken zu bewältigen.

Anstelle eines vollständigen Verbots verlangen viele neuere Parkhäuser nun, dass Elektrofahrzeuge in bestimmten „überwachten“ Bereichen in der Nähe der Ausfahrten geparkt werden, um den Zugang für Rettungsdienste zu erleichtern.

Heißer und schwer zu löschen

Das Risiko besteht darin, dass Brände von Lithium-Ionen-Batterien viel mehr Hitze entwickeln als Benzinbrände. Und wenn sie brennen, setzen sie giftige Dämpfe (wie Fluorwasserstoff) frei, die in geschlossenen Räumen gefährlich sind. Darüber hinaus kann eine EV-Batterie scheinbar gelöscht sein, aber Stunden oder sogar Tage später wieder aufflammen, was auf einem Schiff mitten auf dem Ozean besonders gefährlich ist.

Link:

<https://notrickszone.com/2026/02/21/germany-electric-car-catches-fire-at-charging-station-sets-off-local-inferno-widespread-damage/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

2 Milliarden Dollar ausländisches Geld hinter Amerikas „Basis“-Klimabewegung?

geschrieben von Chris Frey | 24. Februar 2026

[Charles Rotter](#)

Wer hätte das gedacht!

Seit Jahren wird Klimaskeptikern vorgeworfen, sie seien nichts weiter als bezahlte Sprachrohre der „großen Ölkonzerne“. Diese Anschuldigung wurde so oft wiederholt, dass sie sich zu einer Art Doktrin verfestigt hat. Jede Infragestellung der vorherrschenden Klimadiskurse wird mit einem wissenden Grinsen und dem Wort „finanziert“ abgetan. Die Botschaft ist klar: Abweichende Meinungen sind künstlich. Erfunden. Astroturf.

Und doch deuten die jüngsten Entwicklungen in Montana darauf hin, dass die wirklich industriell angelegte Astroturf-Operation möglicherweise auf der anderen Seite des politischen Spektrums angesiedelt ist.

Der Generalstaatsanwalt von Montana Austin Knudsen hat gemeinsam mit 18 weiteren Generalstaatsanwälten das US-Justizministerium offiziell [aufgefordert](#), mehr als 150 in den USA ansässige Klima-Organisationen wegen möglicher Verstöße gegen das Gesetz zur Registrierung ausländischer Agenten (FARA) zu untersuchen. Der Antrag folgt auf einen Bericht, in dem detailliert beschrieben wird, wie in den letzten zehn Jahren fast 2 Milliarden US-Dollar von fünf ausländischen Klimastiftungen an amerikanische Aktivisten-Netzwerke geflossen sind.

AUSTIN KNUDSEN



STATE OF MONTANA

February 12, 2026

Hon. Pamela Bondi
Attorney General of the United States
United States Department of Justice
950 Pennsylvania Ave., NW
Washington, D.C. 20530

Hon. John Eisenberg
Assistant Attorney General for National Security
United States Department of Justice
950 Pennsylvania Ave., NW
Washington, D.C. 20530

Der Kopf der 28 Seiten starken Klageschrift. Quelle: [2026-02-12 AGs' Letter to DOJ re APT ReportDownload](#)

Zu den genannten Stiftungen gehören die Oak Foundation (Schweiz), die Children's Investment Fund Foundation (UK), die Quadrature Climate Foundation (UK), die KR Foundation (Dänemark) und die Laudes Foundation (Schweiz). Laut dem von den Generalstaatsanwälten zitierten Bericht haben diese Einrichtungen gemeinsam außerordentlich hohe Summen in US-amerikanische Gruppen investiert, die sich mit Rechtsstreitigkeiten, Lobbyarbeit, PR-Kampagnen und organisierten, Druck ausübenden Maßnahmen befassen, um die amerikanische Energiepolitik neu zu gestalten.

FARA existiert aus gutem Grund. Es verpflichtet Personen oder Organisationen, die „für oder im Interesse“ ausländischer Auftraggeber in politischer Funktion tätig sind, diese Beziehung offenzulegen. Transparenz ist nach dem Gesetz nicht optional. Wenn Organisationen politische Ziele verfolgen, die mit denen ausländischer Geldgeber übereinstimmen, hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, dies zu erfahren.

Der Brief der Generalstaatsanwälte enthält keine Schuldzuweisungen. Er fordert eine Untersuchung. Dieser Unterschied ist wichtig. Skepsis erfordert, dass man sich ein Urteil vorbehält, bis Beweise vorliegen. Aber allein schon der Umfang der Finanzierung wirft berechtigte Fragen auf.

Fast 2 Milliarden Dollar

Wäre eine vergleichbare Summe von heimischen Ölkonzernen an politische

Thinktanks geflossen, welche die Vorschriften für erneuerbare Energien in Frage stellen, würde dies monatelang die Schlagzeilen beherrschen. Noch bevor die Tinte getrocknet wäre, würden Anhörungen im Kongress angesetzt werden. Die Leitartikel würden vor Korruption und Vereinnahmung warnen.

Stattdessen wurde ein Großteil dieser ausländischen Gelder unter dem Deckmantel der Philanthropie bereitgestellt.

Dieser Heiligenschein verdient eine Untersuchung.

Klimaschutz-Aktivismus wird häufig als spontane, basisdemokratische Energie dargestellt – Bürger, die sich organisch zur Verteidigung des Planeten erheben. Der Begriff „Basisdemokratie“ wird fast reflexartig verwendet. Wenn Bewegungen jedoch von koordinierten, grenzüberschreitenden Geldströmen in Milliardenhöhe abhängig sind, erscheint dieser Begriff fehl am Platz.

Astroturf ist per Definition künstliche Basisbewegung – eine synthetische Oberfläche, die so gestaltet ist, dass sie echt wirkt. Wenn Finanzierungsnetzwerke in London, Zürich und Kopenhagen US-amerikanische Interessenverbände, die sich für die Einschränkung der heimischen Produktion fossiler Brennstoffe, die Stilllegung von Pipelines und die Lähmung der Energieinfrastruktur durch Gerichtsverfahren einsetzen, massiv finanziell unterstützen, dürfen Beobachter zu Recht fragen, ob das, was organisch erscheint, in Wirklichkeit sorgfältig kultiviert ist.

Damit wird nicht behauptet, dass jeder Aktivist sich der Finanzierungsquellen bewusst ist. Auch macht ausländische Finanzierung eine politische Position nicht automatisch ungültig. Ideen stehen und fallen aufgrund ihrer Vorzüge. Aber finanzieller Einfluss prägt Prioritäten, Botschaften und Strategien. So funktionieren politische Ökosysteme.

Ein besonders bemerkenswertes Element in der Berichterstattung betrifft die Children's Investment Fund Foundation CIFF, die Berichten zufolge Hunderte Millionen Dollar in die Klimaschutzarbeit in den USA investiert hat. Die CIFF unterhält Verbindungen zur Energy Foundation China, einer Organisation, die im strategischen Umfeld der Kommunistischen Partei Chinas tätig ist. Selbst wenn alle Transaktionen technisch legal sind, ist es doch berechtigt zu fragen, ob ausländische strategische Interessen davon profitieren, wenn die heimische Energieproduktion in den USA eingeschränkt wird.

Energie ist nicht nur eine Umweltfrage. Sie ist eine wirtschaftliche Grundlage und eine Säule der nationalen Sicherheit. Wenn die amerikanische Produktion zurückgeht, während geopolitische Konkurrenten ihre Produktion ausweiten, verschiebt sich das Gleichgewicht.

Die Ironie dabei ist kaum zu übersehen. Klimaaktivisten argumentieren

seit langem, dass Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie mit ihrem Geld die Demokratie verzerren. Wenn jedoch ausländische Stiftungen riesige Summen in amerikanische politische Kämpfe stecken – darunter auch Rechtsstreitigkeiten, die bestimmte Projekte stoppen sollen –, verschwindet die Sorge um Verzerrungen nicht einfach, nur weil die Sache als „Klimaschutz“ bezeichnet wird.

Es wird zu einer überparteilichen Frage der Transparenz.

Es gibt auch ein allgemeineres Muster, das es zu beachten gilt. Debatten über Klimapolitik finden zunehmend in einem Rahmen moralischer Dringlichkeit statt. Gegner werden nicht als Teilnehmer einer komplexen politischen Meinungsverschiedenheit dargestellt, sondern als Hindernisse für das Überleben des Planeten. Diese rhetorische Haltung wird genutzt, um kritische Fragen zu unterdrücken. Wenn es um eine existenzielle Frage geht, treten Finanzierungsfragen in den Hintergrund.

Und genau hier ist eine gründliche Prüfung am dringendsten erforderlich.

Das Gesetz zur Registrierung ausländischer Agenten (Foreign Agents Registration Act, FARA) wurde 1938 verabschiedet, um verdeckte Einflussnahmen aus dem Ausland zu bekämpfen. Sein Zweck ist die Offenlegung, nicht das Verbot. Die Öffentlichkeit kann selbst entscheiden, wie viel Gewicht sie Interessenvertretungen aus dem Ausland beimisst. Diese Entscheidung erfordert jedoch Informationen.

Wenn die Untersuchung des DOJ fortgesetzt wird, muss festgestellt werden, ob diese Organisationen die Registrierungsschwelle des FARA erfüllen. Diese Analyse hängt von den rechtlichen Definitionen von Vertretung, Weisung und politischer Aktivität ab. Sie könnte zu dem Schluss kommen, dass keine Verstöße vorliegen. Oder sie könnte strukturelle Vereinbarungen aufdecken, die eine Registrierung rechtfertigen.

Wie auch immer, alles muss ans Tageslicht

Die Klimapolitik ist mit außerordentlichen wirtschaftlichen Risiken verbunden. Netto-Null-Rahmenwerke, Emissionsvorgaben, Beschränkungen für Leasing und Genehmigungen sowie Initiativen zur Elektrifizierung haben Auswirkungen in Höhe von Billionen Dollar. Die dahinter stehenden Kosten-Nutzen-Berechnungen basieren auf Klimamodellen, die Jahrzehnte in die Zukunft projizieren und selbst anerkannte Unsicherheiten enthalten. In einem solchen Umfeld fügt die ausländische Finanzhebelwirkung, die sich auf den heimischen Aktivismus legt, einer ohnehin schon komplexen Gleichung eine weitere Variable hinzu.

Diese Episode sollte auch zu einer Neubewertung rhetorischer Gewohnheiten führen. Vorwürfe über „große Ölgelder“ dienen seit Jahren als Mittel, um Gespräche zu beenden. Wenn ausländisches Kapital

wesentliche Teile der Klimaschutzbewegung finanziert, sollte vielleicht die Diskussion über die Finanzierung in Umfang und Ton erweitert werden.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, wer wen finanziert. Sie hat ein Recht darauf zu erfahren, ob koordinierte internationale Finanzierungsnetzwerke die nationalen Regulierungskämpfe beeinflussen. Und sie hat ein Recht darauf, diese Fakten abzuwägen, ohne dass ihr gesagt wird, dass das Stellen von Fragen eine Untreue gegenüber dem Planeten darstellt.

Transparenz sollte gleichermaßen für alle gelten!

Astroturf-Vorwürfe verlieren ihre Wirkung, wenn sie selektiv eingesetzt werden. Wenn künstliche Verstärkung zu beanstanden ist, wenn sie Skepsis unterstützt, bleibt sie auch zu beanstanden, wenn sie aggressive Dekarbonisierungsmaßnahmen unterstützt.

Skepsis setzt keine Schuld voraus. Sie setzt das Urteil aus und verlangt Beweise. Eine Untersuchung der ausländischen Finanzierung des Klimaaktivismus' ist eine direkte Anwendung des Offenlegungsrechts auf einen Politikbereich, der wirtschaftlich und strategisch eine zentrale Rolle spielt.

Die Ironie bleibt jedoch bestehen.

Nachdem jahrelang behauptet wurde, dass Skepsis gekauft worden sei, scheint es nun, dass große Teile der Klimapolitik möglicherweise aus dem Ausland finanziert wurden – von Stiftungen, deren strategische Interessen nicht unbedingt mit der amerikanischen Energiesicherheit oder den amerikanischen Interessen im Allgemeinen übereinstimmen.

Da schau her!

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/02/19/astroturf-alert-2-billion-in-foreign-cash-behind-americas-grassroots-climate-movement/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Amerikas unwiderruflicher Abschied

von der Klima-Politik

geschrieben von Chris Frey | 24. Februar 2026

Samuel Furfari

Am 7. Januar unterzeichnete Präsident Donald Trump eine Durchführungsverordnung, um die Vereinigten Staaten aus 66 internationalen Organisationen zurückzuziehen, die als „überflüssig, schlecht verwaltet, unnötig, kostspielig, ineffektiv“ oder als Instrumente der Gegner Amerikas angesehen werden. Darunter befinden sich verschiedene Organisationen der Vereinten Nationen und vor allem der Weltklimarat (IPCC) und die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen von 1992 (UNFCCC), das Rückgrat der globalen Klimapolitik.

Während seiner ersten Amtszeit hat Präsident Trump die USA unter Berufung auf die Rücktrittsklausel aus dem Pariser Abkommen zurückgezogen. Der neu gewählte Präsident Joe Biden hat das Land jedoch 2021 umgehend wieder in das Abkommen aufgenommen und dies zu einem zentralen Gestus seiner Klimadiplomatie gemacht. Diese Episode hat die Fragilität der internationalen Klimapolitik offenbart: Eine einfache Regierungswechsel kann die USA in das Abkommen hinein- oder aus ihm herausführen und globale Klimaverpflichtungen zu bloßen Verlängerungen der innenpolitischen Parteipolitik machen.

Diesmal hat die Änderung jedoch einen gewissen dauerhaften Charakter. Indem sie sich gegen die UNFCCC selbst richtet, hat die Trump-Regierung den rechtlichen Rahmen abgeschafft, der eine Rücknahme durch einen einfachen Erlass der Exekutive ermöglicht hätte.

Das im Rahmen des Übereinkommens von 1992 verabschiedete Pariser Abkommen baut auf der institutionellen Architektur der UNFCCC auf, deren Gremien die notwendige Unterstützung leisten. Dazu gehören die Konferenz der Vertragsparteien, das Sekretariat und ein System für finanzielle Beiträge.

Artikel 28 Absatz 3 des Pariser Abkommens lautet wie folgt: „Jede Vertragspartei, die aus dem Übereinkommen austritt, gilt auch als aus diesem Abkommen ausgetreten.“ Mit dem Austritt aus der Rahmenkonvention trennt Washington die Verbindung, die Bidens Wiedereintritt in das Pariser Abkommen ermöglicht hatte. Trumps Austritt ist struktureller, nicht taktischer Natur.

Der wichtigste Präzedenzfall, der Trump vor einer Anfechtung vor dem Obersten Gerichtshof schützt, ist Goldwater gegen Carter, in dem das höchste Gericht 1979 es ablehnte, die einseitige Kündigung eines gegenseitigen Verteidigungsvertrags mit Taiwan durch Präsident Carter zu überprüfen, wodurch die Exekutivgewalt über Rückzüge effektiv gestärkt wurde.

In der Praxis kann ein Präsident daher aus einem Vertrag austreten, ohne dass es einen klaren rechtlichen Weg gibt, ihn daran zu hindern. Die Trump-Regierung befindet sich in einer rechtlich komfortablen Position: Die Gegner haben keine Möglichkeit, den Schritt rückgängig zu machen, und die Beantragung einer neuen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs birgt das Risiko, die Exekutivgewalt über die Kündigung von Verträgen weiter zu stärken.

Die Demokraten zahlen nun den Preis dafür, dass sie das Pariser Abkommen so gestaltet haben, dass es nicht vom Senat ratifiziert werden musste. Da sie wussten, dass ihnen die Zweidrittelmehrheit fehlte, bestand die Obama-Regierung auf freiwilligen, unverbindlichen Beiträgen und Zielen, wodurch sichergestellt war, dass das Pariser Abkommen auf einer widerrufbaren Unterschrift des Präsidenten und nicht auf dauerhaftem Vertragsrecht beruhen würde.

Die Trump-Regierung hat diese Lektionen vollständig verinnerlicht. Während seiner ersten Amtszeit zog sich Trump lediglich aus dem Pariser Abkommen zurück, ließ die UNFCCC jedoch unangetastet und ermöglichte seinem Nachfolger einen einfachen Wiedereintritt. Dieses Mal geht Trump weitaus radikaler vor: Indem er die Rahmenkonvention selbst ins Visier nimmt, nimmt Trump künftigen Präsidenten die Möglichkeit zu bequemen diplomatischen Verhandlungen. Politisch ist die Botschaft klar: Washington betrachtet die Klimadiplomatie zunehmend als ein Instrument der externen Zwangsmaßnahmen, das den strategischen Konkurrenten Amerikas zugute kommt, die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie belastet und kostspielig ist.

Formal könnten die USA der UNFCCC wieder beitreten, aber politisch würde dies nun einen Konsens erfordern, der nicht mehr existiert. Die 1992 in dem Glauben an eine schmerzfreie Energiewende verabschiedete Konvention sieht sich heute mit wirtschaftlichen und geopolitischen Realitäten konfrontiert, die frühere Illusionen entlarven und eine baldige Wiederbelebung unwahrscheinlich machen.

Was sollen die überzeugten Klimaschützer in der EU nun tun? Eine Frage, die in Brüssel, Straßburg oder Berlin selten öffentlich gestellt wird: Wie lange wird die Europäische Union an einer Klimastrategie festhalten, die weder die Vereinigten Staaten noch die Schwellenländer über wohlwollende Erklärungen hinaus sinnvoll bindet?

Die EU legt sich weiterhin immer ehrgeizigere Ziele auf (90 % CO₂-Reduktion bis 2040 gegenüber 1990), während sie gleichzeitig ihre industrielle Basis untergräbt, ihre Abhängigkeit von China vertieft und die Kluft zwischen Rhetorik und der Realität der globalen Emissionen vergrößert.

Anstatt Trump rituell zu verurteilen, sollten die europäischen Staats- und Regierungschefs folgende Frage stellen: Wenn die weltweit führende Wirtschafts- und Militärmacht nicht länger in einer von den Vereinten

Nationen geführten Klimastruktur gefangen sein will, ist es dann nicht an der Zeit, dass die EU ihre eigenen Verpflichtungen mit klarem Blick neu bewertet?

Die falsche Antwort wird Europa zu spät erkennen lassen, dass es seinen Wohlstand und seine strategische Autonomie einem Klimawahnsinn geopfert hat, den seine engsten – und wichtigsten – Verbündeten aufgegeben haben.

This commentary first appeared at National Review on February 7th and has been republished here with permission.

Autor: [Samuel Furfari](#) is Professor in Energy Geopolitics at the Université Libre de Bruxelles, PhD President of the European Society of Engineers and Industrialists He recently published the French book *Ecologisme, Assaut contre la société occidentale (Ecologism, assault on western society)*. Last year he also published the book *The Hydrogen Illusion*. Furfari is signee of the CLINTEL World Climate Declaration.

Link:

<https://cornwallalliance.org/americas-irreversible-goodbye-to-climate-governance/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Das Kohlenstoff-Kartell der EU beginnt zu zerfallen

geschrieben von Chris Frey | 24. Februar 2026

Cap Allon

Die wachsenden Unsicherheiten in der Klimawissenschaft dringen langsam in die Politik und die Bevölkerung ein, sogar in der EU.

Letzte Woche geriet das wichtigste Klima-Diktat der Europäischen Union unter direkten politischen Beschuss.

[Hervorhebung im Original]

Bei aufeinanderfolgenden Gipfeltreffen in Antwerpen und Alden-Biesen stellten mehrere Mitgliedstaaten offen den CO₂-Preis der EU in Frage und nahmen damit den zentralen Eckpfeiler der Europäischen Union ins Visier: das Emissionshandelssystem (ETS).

Das ETS zwingt große Industrieunternehmen dazu, für jede emittierte Tonne CO₂ staatliche Emissionszertifikate zu kaufen. Fast die Hälfte der EU-Emissionen fällt unter dieses System. Wenn die Preise für Emissionszertifikate steigen, zahlen die Unternehmen mehr. Dieses Geld fließt direkt an die Regierungen und in EU-Klimaprogramme. Es handelt sich um eine CO₂-Abgabe für die Schwerindustrie in Europa und eine wichtige Finanzierungsquelle für den „Green Deal“ (gestartet 2019).

Seit Jahren beschweren sich immer mehr EU-Regierungen über die Klimaregulierung der Union.

Das ETS selbst war jedoch weitgehend unantastbar und stand fast über der Politik.

Führende Vertreter der Industrie haben davor gewarnt, dass die CO₂-Kosten die Produktion aus Europa vertreiben. Politiker schlossen sich dieser Forderung an. Selbst der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz forderte kürzlich weitreichende Reformen. Österreich, die Tschechische Republik und Polen führten die ersten Bemühungen zur Schwächung des Systems an, aber inzwischen hat sich eine Mehrheit der anderen Länder angeschlossen.

Angesichts der drohenden Revolte haben die Märkte reagiert: Der Kohlenstoffpreis fiel innerhalb weniger Tage von etwa 81 Euro unter 72 Euro.

Selbst Befürworter des ETS räumen nun den Schaden ein.

Analysten beschrieben einen Verlust des langfristigen Vertrauens. Händler warnten Politiker davor, sich weiter einzumischen. Dies ist Neuland. Bislang beschränkten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf Änderungen der Meldevorschriften und sektorspezifischen Ziele. Die tragenden Säulen blieben unangetastet. Im Jahr 2026 stehen diese Säulen offiziell zur Überprüfung an.

Die europäische Wirtschaft stagniert – vor allem aufgrund der weltweit höchsten Energiepreise, die wiederum auf grüne Regulierung zurückzuführen sind, nämlich die hohen ETS-Kohlenstoffabgaben. Die Schwerindustrie schrumpft. Die Kohlenstoffkosten werden politisch toxisch.

Der französische Präsident Emmanuel Macron forderte, dass der ETS weitaus niedriger gehandelt werden sollte.

Selbst Ursula von der Leyen, die nicht gewählte Architektin des Systems, räumte ein, dass Interventions-Verfahren auf dem Tisch liegen.

Weltweit, von den USA bis zur EU, stirbt der Klimabetrug.

Link:

<https://electroverse.substack.com/p/western-alps-buried-arctic-cold-inte>

[nsifies?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email](#) (Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Anmerkung des Übersetzers: Stand hiervon etwas in unseren MSM, oder habe ich das nur übersehen?